

**Meldung vom 2006-09-06 15:47**

**DEU/Verbraucher/Fleisch/Kelber**

**dsa brn SPD fordert Zugeständnisse der Union bei Verbraucherinformationsgesetz**

Berlin (AP) Die SPD hat an die unionsgeführten Länder appelliert, Nachbesserungen am Verbraucherinformationsgesetz mit zu tragen und das Regelwerk am 22. September endgültig im Bundesrat zu verabschieden. Die Informationsrechte müssten noch klarer zu Gunsten der Verbraucher gestaltet werden, sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber am Mittwoch der AP.

«Das Verbraucherinformationsgesetz könnte es schon geben, wenn die Union es nicht im Mai 2005 im Bundesrat abgelehnt hätte», kritisierte er. Auch stärkere Bundeskompetenzen bei der Lebensmittelkontrolle könnte es geben, wenn die Union nicht jedwede zusätzliche Kompetenz für den Bund bei der Föderalismusreform abgelehnt hätte, betonte Kelber. Es sei «unehrlich», sich im Falle eines Skandals wie jetzt aus der Verantwortung zu stehlen.

Kelber bezog sich auf Äußerungen der CDU-Bundestagsabgeordneten Ursula Heinen, die Mängel bei der Lebensmittelkontrolle der Länder beklagt hatte. Sie hatte angefügt: «Wir haben immer wieder darauf gedrängt, auch als Bundestagsfraktion, dass der Bund mehr Kompetenzen bekommt, auch im Rahmen der Föderalismus-Diskussion im vergangenen Jahr. Die Länder wollten es nicht, weil die Lebensmittelkontrolle ein Teil der Gefahrenabwehr ist und damit klassische Länderaufgabe, und jetzt stehen wir vor dem Problem, dass jedes Land - ich sage das jetzt mal etwas drastisch - in der Frage der Lebensmittelkontrolle vor sich hin wurstelt.»

Ende##

AP/tt/rl/

061547 sep 06